



# WELTFINANZSYSTEM IN BALANCE

DIE KRISE ALS CHANCE FÜR EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT

DIRK SOLTE

**AUSZUG AUS DEM BUCH**

Globales Handeln als Reaktion auf die Krise

**Zu dem Autor:**

PD Dr. Dirk Solte

Stellvertreter des Vorstands des Forschungsinstitutes für anwendungsorientierte  
Wissensverarbeitung/n (FAW/n) Ulm.

Privatdozent für Betriebswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen (HSG).

Chefökonom des Bundesverbands für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft  
(BWA) und Leiter der Kommission „Steuern und Finanzmarkt“.

Korrespondenzadresse:

FAW/n, Lise-Meitner-Straße 9, D-89081 Ulm,

Telefon 0731 – 50 39 200, Telefax 0731 – 50 39 111,

E-Mail: [solte@faw-neu-ulm.de](mailto:solte@faw-neu-ulm.de)

web: [www.faw-neu-ulm.de](http://www.faw-neu-ulm.de)

## Einleitung

Das Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung / neu in Ulm arbeitet im Rahmen seines Schwerpunktes „Zukunftsforschung“ seit 2004 an einem „systemischen“ Verständnis des Weltfinanzsystems. Wie funktioniert das System? Welche maßgeblichen Akteure gibt es? Welche Gesetze sind wichtig? Hierzu wurden Daten und Fakten aus den letzten 40 Jahren ausgewertet, analysiert und anschließend ein systemtheoretisches Modell der Wirkungsmuster erarbeitet. Im Jahr 2006 entstand die zusammenfassende Dokumentation der wichtigsten Resultate in dem Buch von Dirk Solte: „Weltfinanzsystem am Limit – Einblick in den „Heiligen Gral“ der Globalisierung“, veröffentlicht 2007, Terra-Media, Berlin. Drei mögliche Zukunftsszenarien für die Weltwirtschaft und die Gesellschaft wurden darin beschrieben. Das nun eingetretene Szenario ist eines davon. Das Buch verdeutlicht die gegebenen „systemischen“ Probleme – die „Fehler“ des Weltfinanzsystems, die ihre Ursache in ungenügenden Regulierungen auf globaler Ebene haben. Dadurch werden Unterschiede nationaler Regelsetzungen nicht ausgeglichen. Ein Agieren „zwischen allen Staaten“ wird möglich, sinnvolle und notwendige Regeln und Gesetze können so umgangen oder unterwandert werden, insbesondere auch im Finanz- und Steuerbereich.

Ziel der Arbeiten ist es nicht, „Schuldige“ zu finden und anzuklagen. Denn die Akteure sind oft gezwungen oder werden dazu verleitet etwas Falsches zu tun, weil das Richtige nicht über Gesetze eingefordert, sondern im Gegenteil – in dem System – bestraft wird. So entstehen problematische Wirkungsketten. Im Kern bedeutet das, dass der globale Markt nicht die „Konkurrenz regelt“, sondern es herrscht eine „Konkurrenz der Regeln“. Es fehlen gemeinsame ökologische und soziale Regeln (inklusive Standards bei den Steuer- und Sozialsystemen), deren Durchsetzung und Einhaltung.

Die entscheidenden Fragen sind: Was ist das Gesamtproblem? Wie kommt man bei einer derartigen Ausgangssituation zu einer balancierten Welt? Wie kommt man zu einer „nachhaltigen Zukunft“, die allen nützt?

An einem Lösungskonzept wurde aufsetzend auf den Analysen gearbeitet. Es wird nun veröffentlicht in dem Buch von Dirk Solte: „Weltfinanzsystem in Balance – Die Krise als Chance für eine nachhaltige Zukunft“, 2009, Terra-Media, Berlin.

## **I. Die Krise verstehen und global handeln – Chance für eine nachhaltige Zukunft**

Globale Probleme müssen auch global beantwortet werden. Wir haben eine Weltkrise und nicht nur eine Krise des Finanzmarktes. Die Krise hat viele „Gesichter“: finanzielle, ökonomische, ökologische und soziale Problembereiche. Die Krise eröffnet aber auch die vielleicht einmalige Chance, alle diese Problemfäden so zu verknüpfen, dass Zukunftsfähigkeit erreicht wird und wir alle profitieren. Das muss aber auf globaler Ebene geleistet werden. Eine politische Herausforderung, die uns alle betrifft.

### **I.1 Die Instabilität des Systems – Platzen der „Geld-Blase“**

Das Problem hinter den Problemen der weltweiten Krise ist eine gigantische „Geldblase“, eine immer höhere Schuldenbasierung von Wertschöpfung und Konsum weltweit. Die Schulden betragen inzwischen weltweit das Vierfache des Bruttoinlandsproduktes (BIP), also der Gesamtsumme aller Einkommen und Gewinne eines Jahres. In Europa betragen die Schulden sogar das Fünffache. Dies ist eine Überschuldungs-Situation. Dabei stehen der Basis des Geldsystems, dem von den Zentralbanken ausgegebenen Geld (Zentralbankgeld) als ausschließliches gesetzliches Zahlungsmittel immer mehr „verbriefte Geldansprüche“, z. B. Schuldverschreibungen, Pfandbriefe, Aktien, Fondsanteile usw. gegenüber. Das Verhältnis ist mittlerweile 2:107. Dies ist eine Situation höchster Instabilität, die unweigerlich zur Krise führt, wenn die Bereitschaft, Geldansprüche als Vermögen zu halten, sinkt.

Das ist wie bei dem Spiel „Reise nach Jerusalem“. Solange die Musik spielt, laufen die Spieler fröhlich um die Stühle. Wenn die Musik aufhört, muss der, der keinen Stuhl erwischt, ein Pfand abgeben. Bei dem „Spiel der Spiele“ im Weltfinanzsystem laufen allerdings 107 Spieler, unter denen ein paar wenige sehr große Vermögensverwalter (Institutionelle Anleger) sind, um gerade einmal zwei Stühle. Und aktuell geht die Bereitschaft, Geldansprüche statt Geld oder Sachvermögen – „reale“ Werte – zu halten, gegen Null. Die Musik hört auf zu spielen. Gerade die Institutionellen Anleger horten Geld mit hoher Liquidität, das dann anderen fehlt, sie nehmen die „Stühle“ aus dem Spiel, weil man nicht weiß, welche Anlagen – d. h. welche Geldversprechen – jetzt noch sicher sind. Die, die das Zentralbankgeld „horten“, „sitzen auf den Stühlen“ und warten auf die „Pfänder“ der Verlierer. Banken gewähren das „gehorte“ hoch liquide Geld nicht mehr als Kredit. Sie wollen damit attraktive reale Sachwer-

te kaufen und warten auf „Notverkäufe“. Damit gefährden sie sogar – ohne es zu wollen – ihr eigenes Vermögen, denn jetzt kommen auch noch weitere Unternehmen – an denen sie Anteile halten – in Finanzierungsprobleme. Das Zentralbankgeld „fließt“ nicht mehr, ist nicht mehr „im Umlauf“. Was folgt? Die „Verlierer“ im Spiel geraten in Zahlungsschwierigkeiten, z. B. weil Kredite nicht verlängert werden. Sie müssen „ein Pfand“ abgeben, reale Werte weit unter Preis an die veräußern, die liquide sind, die großen Institutionellen Anleger oder deren Finanzinstitute. Finanzvermögen wird gegen reale Sachvermögen getauscht.

Um das zu verhindern, reicht es nicht „neue Stühle“, d. h. Zentralbankgeld „ins Spiel zu bringen“. Dieses Geld muss „umlaufen“, die „Musik muss wieder spielen“. Dafür muss man das „Horten“ von liquidem Geld wirksam begrenzen.

## **I.2 Wo liegen die wichtigsten Gründe für die Überschuldung der Welt?**

Der globale Markt sollte die Konkurrenz regeln, stattdessen gibt es weltweit aber eine Konkurrenz der Regeln. Die Finanz-, Steuer- und Sozialsysteme der Staaten konkurrieren über nationale Gesetze um Wertschöpfung, selbst wenn diese in anderen Ländern erwirtschaftet wurde – ein „Kampf um die Quellen der Besteuerung“, z. B. durch trickreiche, aber legale, „Umqualifizierung“ von Gewinnen. Man produziert dort, wo der Staat (finanziert über Steuern) die besten Voraussetzungen dafür bereitstellt (Forschung, Infrastruktur, Mitarbeiterqualifikation über gute Bildungssysteme usw.), versteuert die Gewinne aber in einem anderen Staat, wo die Steuern darauf am geringsten sind. Und der „tollste Trick“ besteht darin, Gewinne zu machen (und gering zu besteuern), von denen man noch gar nicht weiß, wo sie jemals erwirtschaftet werden – dies geht über so genannte „Buchgewinne“. Die so genannte „fair value“ Bewertung hat gerade in den letzten acht Jahren dazu beigetragen, dass sich bei den Finanzinstituten sehr viel Eigenkapital aus dem Nichts, aus der Zukunft, aus Gewinnen, die noch gar nicht realisiert wurden, gebildet hat. Diese Gewinne wurden im Staat des Firmensitzes besteuert, obwohl man noch gar nicht wissen konnte, wo der Ertrag – wenn überhaupt – irgendwann einmal erwirtschaftet wird. Und auch auf dieses Eigenkapital wollten die Eigentümer (u. a. auch Renten- und Pensionsfonds) eine hohe Rendite sehen. Deshalb haben die Finanzinstitute, um noch mehr Gewinne zu erzielen, in enormen Maße die Kreditvergabe ausgeweitet: z. B. für „gehebelte“ Investitionen (so genannte „Leverage-Geschäfte“) oder auch an Schuldner, die überhaupt nicht zur Rückzahlung fähig waren (Subprime). Die Risiken wurden wo immer

möglich ausgelagert und dazu wurden auch immer neue „innovative“ Finanzprodukte erfunden. Konjunktur, Gewinne und Steuereinnahmen wuchsen „auf Pump“. Die „Geldblase“ wurde immer größer.

### **I.3 Der Krise sinnvoll begegnen**

Der deutsche Bundesfinanzminister Steinbrück hat die bisherigen Rettungsmaßnahmen der Regierung mit einem schönen Bild erläutert, in dem er sagte: „Brände müssen gelöscht werden und anschließend müssen die Brandstifter gehindert werden, so etwas wieder zu machen.“ Das ist zwar richtig und wichtig, aber definitiv nicht genug, wenn man das Gesamtproblem und dessen Hintergründe betrachtet. Dann muss man sich auch fragen: Woher kommt das Löschwasser? Mit welchem Geld agiert der Staat? Ohne eine Verbesserung auf der staatlichen Einnahmenseite sind das neue Staatsschulden. Der Staat holt sich das Löschwasser von den Brandstiftern, denn die öffentlichen Hände sind hoch verschuldet, den Nationalstaaten fehlt das Wasser. Die Staaten können sich so die Infrastruktur und das Gemeinwesen nicht mehr leisten, nicht mehr genug in Bildung, Innovation und Forschung investieren und die Rahmenbedingungen für alle, besonders aber für den Mittelstand werden immer schlechter. Die „Bäume“ sind pulvertrocken.

Dem muss man begegnen, aber nicht über nationale Konjunkturprogramme „auf Pump“ (denn dann würde die Geldblase noch größer) und ohne die Probleme hinter den Problemen mit zu lösen: Die Konkurrenz der nationalen Regeln, Systeme und Gesetze im globalen Markt. Jetzt hat die Politik die Chance, die Weichen in die richtige Richtung zu stellen. Dafür müssen aber die anderen „losen Problemfäden“, d. h. die unterschiedlichen, letztendlich alle miteinander zusammenhängenden Problem-bereiche gemeinsam betrachtet werden. Das ist die Klima- und die Energiefrage und das ist das permanente Sozialdumping, u. a. auch über Kinderarbeit auf dem Globus, weil im weltweiten Markt die geeigneten Verabredungen für Regeln im Umwelt-, Energie- und Sozialbereich definitiv fehlen bzw. es keine wirksamen Möglichkeiten für eine Durchsetzung der Einhaltung gibt. Möglichkeiten der Durchsetzung hätte die Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organization). Aber auch in der WTO gelten nur Qualitätsstandards und keine Verfahrensstandards. Die Produktion von Gütern durch Kinderhand, oder ob Fleisch von geklonten Rindern stammt, oder ob bei der Herstellung chemischer Produkte giftige Abfallstoffe in der Natur landen, all das betrifft aber nicht die Qualität von Produkten, sondern die Herstellungsverfahren.

Umweltprobleme, Sozialprobleme, Finanzprobleme, Wirtschaftsprobleme, diese hängen alle miteinander zusammen und müssen auch zusammen gelöst werden.

#### **I.4. Welche Auswirkungen hat die Finanzkrise auf die Gesellschaft?**

Zurzeit befinden wir uns in einer „nah-chaotischen“ Situation. Wissenschaftlich betrachtet – Entscheidungstheorie – befinden wir uns an einem so genannten „Tipping Point“ – dem Punkt der Entscheidung. Es kann nicht mehr so weiter gehen wie bisher, es wird zwingend eine Veränderung geben. Es kommt jetzt darauf an, wie wir handeln und welche Entscheidungen die Politik trifft, welche Auswirkungen dies auf uns, auf unsere Gesellschaft und damit insbesondere auf die „Mittelschicht“ und auf Finanzvermögen hat. Wenn die angedeuteten Maßnahmen, also insbesondere die Regelsetzungen auf globaler Ebene für eine Einhaltung von ökologischen und Sozialstandards und die weltweite Anpassung von Steuergesetzen nicht in Angriff genommen werden, reißt die Gesellschaft auseinander. Es gibt dann das eine Segment der Bürgerinnen und Bürger, die Einlagen bei den Banken haben und diese Einlagen sind über Schulden der öffentlichen Hand und Schulden der Bürgerinnen und Bürger „gesichert“. Wenn der Staat dann sagt „Die Einlagen sind sicher“, heißt das nur, alle haften für einander. Das andere Segment sind die großen Gewinner, die sich – wie Goethe im „Faust“ dichtet – „am Abend im Grundbesitz wiegen“. Die mittlere Schicht und die Gruppe der Vermögenden, die nur Finanzwerte besitzen, werden global betrachtet dabei verlieren mit Folgen für Deutschland, Europa und die Welt. Die ernste Frage ist dann: Wie viel Ungleichheit hält eine demokratische Gesellschaft aus ohne zu radikalieren? Gibt es dann überhaupt „Gewinner“? Oder wiederholt sich nach 80 Jahren die Geschichte mit all ihren fürchterlichen Folgen?

Wir haben jetzt aber auch die Chance, das „Spiel“ wieder fair zu gestalten, damit alle gewinnen: Über ökologische und soziale Regeln für den globalisierten Markt, in Kombination damit die nachhaltige Ausrichtung des Finanz- und Steuersystems in eine weltweiten Abstimmung. So kann man die Balance erreichen. Mit fairem Wettbewerb, fairer Teilhabe, Verteilung und Wohlstand in Breite. Für eine friedensfähige Zukunft.

## **I.5 Die Krise als Chance nutzen**

Die richtige Antwort auf die globale Krise wäre ein abgestimmtes Handeln auf globaler Ebene – ein 7 Punkte Programm –, dass die offenen „Problemfäden“ zusammen aufgreift und miteinander verknüpft.

Es geht darum: Erstens die Umweltstandards im Rahmen der Folgeverhandlungen des Kyoto-Protokolls (Begrenzung des Ausstoßes schädlicher Klimagase) zu verabreden und dabei auch die Erforschung alternativer Energien und deren Erschließung zu vereinbaren. So löst man das Klima- und das Energieproblem. Zweitens geht es darum, die Sozialstandards der internationalen Arbeitsorganisation (ILO – International Labour Organization) in Verbindung mit den in den Millenniums-Entwicklungszielen genannten Aspekten zu koppeln. Dies betrifft insbesondere die Bereiche „Bildung für alle“, Gesundheit und Nahrung / Wasser. So löst man das Sozialproblem. Drittens muss man, um sich der drohenden weltweiten Rezession und Depression entgegenzustellen, die notwendigen Investitionen zur Umsetzung dieser Standards und zum Aufbau der dazu notwendigen Infrastrukturen weltweit in Gang setzen: Neue Energien, Umwelttechnologien, Bildung, Straßen, Netze und vieles mehr. Und dabei ist sicherzustellen, die verabredeten Umwelt- und Sozialstandards zu beachten und einzuhalten. Das ist das jetzt dringend notwendige Unterstützungsprogramm für die Weltwirtschaft zur wirksamen Bekämpfung der Rezession (Global New Deal) für alle Länder dieser Erde und ohne die Umwelt zu zerstören. Viertens: Dies muss ein weltweiter „Deal“ sein – ein globaler Vertrag, bei dem die Umweltstandards und die Sozialstandards in der Welthandelsorganisation WTO als Verfahrensstandards verbindlich akzeptiert werden müssen, denn dann kann man für deren Einhaltung sorgen. Um dies zu erreichen, muss man co-finanzieren. Schwächeren Staaten muss man gerade auch finanziell helfen aufzuholen – so wie in der Europäischen Union. Und hier stellt sich natürlich die Frage, wo die Mittel für die Co-Finanzierung und damit zur Finanzierung des weltweiten Konjunktur-Programms herkommen sollen? Dies bringt uns zu Fünftens: Der Reform der Finanz- und Steuersysteme, bei der durch Angleichung der Gesetze und „Einhegen“ der Steuer-Oasen die Steuerumgebungsmöglichkeiten und Steuerhinterziehungen reduziert werden und so wieder diejenigen Akteure den größten Beitrag leisten, die sich bisher erfolgreich – zum Schaden der Allgemeinheit – entzogen haben. Und hinzu kommt Sechstens: Die wirksame Überwindung der jetzigen Finanzkrise durch stabilisierende Maßnahmen zur Beherr-



schung der Geldblase – der Überschuldung –, das mittelfristige Zurückführen der öffentlichen Schulden und die Sicherstellung von Zahlungsfähigkeit in den Märkten. Dies gelingt zum einen über eine Art Mehrwertsteuer auf Wertpapiere und alle anderen Finanzprodukte. Wir nennen diese Abgabe „Mehrgeldsteuer – eine Leverage Money Tax“. Dadurch soll der in der Vergangenheit immer größer gewordene „Hebel“ (leverage), also der Kauf auf Kredit in einen sinnvollen Rahmen gelenkt und „fair“ eingegrenzt werden. Diese Abgabe wäre so gestaltbar, dass gerade die größten Profiteure – besonders diejenigen Finanzinstitute, die auch mit ihren spekulativen Hebelgeschäften an der Krise mit beteiligt sind – eine höhere Abgabe leisten müssen als wirtschaftlich weniger leistungsfähige Akteure, wie z. B. der Mittelstand, der ja ohnehin höhere Zinsen für aufgenommene Kredite zahlen muss als die großen Unternehmen und Banken. Eine solche Abgabe macht die „Super Bubble“ – die Geldblase – beherrschbar. Und damit „die Musik wieder spielt“, in den Märkten alle wieder zahlungsfähig werden, muss man siebteils eine Art Maximalreserve für Finanzinstitutionen einführen, das „Horten von Bargeld“ muss begrenzt werden. Alle Marktteilnehmer müssten ihre „Überhang-Liquidität“, also flüssige Zahlungsmittel, die oberhalb einer zulässigen Grenze – der Maximalreserve – liegen, in einen gemeinsam getragenen und verantworteten Fonds einzahlen, als „Kredit“ gewähren. Schuldner des Fonds – also Marktteilnehmer, die sich Zahlungsmittel ausleihen – müssten dabei natürlich alle geforderten Kriterien, wie beispielsweise eine genügende Ausstattung mit Eigenkapital, erfüllen. Es liegt dann in Teilen sogar bei den Marktteilnehmern selbst, sich für schärfere Kriterien einzusetzen, wenn sie die Bonität des Fonds, also die Sicherheit eine Einlage auch wieder zurück zu bekommen, in Zweifel ziehen.

Dieses Programm sollte Europa in den laufenden G20-Prozess „Finanzmarkt und Weltwirtschaft“ einbringen.

## II. Globales Handeln als Reaktion auf die globale Krise

Die Weltfinanzkrise ist eine, möglicherweise einmalige, **Chance**, einen ersten wichtigen Schritt zur Verankerung von Umwelt- und Sozialstandards im weltweiten Markt zu machen, wenn man zur Stabilisierung einen pragmatischen Schritt zur Lösung des Gesamtproblems wählt, dessen wichtigste Eckpunkte hier zusammengestellt sind:

Das Finanzsystem wird heute von leistungsstarken globalen Akteuren dazu benutzt, in einem viel zu geringen Umfang Steuern zu zahlen. Die jeweils national gültigen bzw. vorgesehenen Steuerzahlungen werden durch geschickte Gestaltung von Geschäften – vielfach legal – unterwandert. Das Prinzip Steuergerechtigkeit und Fairness ist so auf den Kopf gestellt. Das bedeutet, hier können viele Mittel erschlossen werden ohne die staatlichen Budgets und den Mittelstand weiter zu belasten, wenn man nur auch die Angleichung von Besteuerungsprinzipien und das „Einhegen“ von Steuer-Oasen zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen vorantreibt. Diese Finanzmittel braucht man gerade auch, um über Querfinanzierungssysteme zu erreichen, dass die wichtigsten ökologischen und sozialen Regelungen in den internationalen Verträgen allgemein akzeptiert und auch in allen Ländern beachtet und eingehalten werden. Dafür sind dann auch in allen Ländern in die dafür notwendigen Grundlagen zu investieren (z. B. Schulen, Krankenhäuser, Kommunikationsnetze, Umwelttechnologien usw.). Die prinzipiell richtig funktionierenden, besser gesagt: noch richtig funktionierenden nationalen sozialen Demokratien haben nur dann, also unter global balancierten Bedingungen, eine wirkliche Chance, die Globalisierung unbeschadet zu überleben.

Was sind die entscheidenden Eckpunkte für diese pragmatische und zielführende politische Lösung des Problems? Ein „7 Punkte Plan“:

1. **Umweltstandards:** Das Fenster ist geöffnet, um im Rahmen der Folgeverhandlungen zum Kyoto-Protokoll (Begrenzung des Ausstoßes schädlicher Klimagase) zu einem längst überfälligen, globalen „Cap and Trade“-Ansatz zu kommen. Der Gesamtumfang des erlaubten Ausstoßes ist zu begrenzen („Cap“) und die Ausstoßrechte sollten weltweit gehandelt werden („Trade“). Dafür ist ein Transformationsprozess auszuhandeln, der mittelfristig zu gleichen Pro-Kopf-Emissionsrechten führt.

2. **Sozialstandards:** Alle Nationalstaaten haben wichtige Kernstandards der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) verabredet, die aber derzeit – genauso wie Umweltstandards - im Rahmen der WTO-Regelungen (WTO: Welthandelsorganisation) unterwandert werden. Deshalb ermöglichen Kinderarbeit und Umweltverschmutzung immer noch Wettbewerbsvorteile.
3. **Markt:** Das Verhindern einer weltweiten Rezession und Depression muss jetzt mehr als ein ökosoziales Konjunkturförderprogramm auf Pump sein! Öffentliche Investitionen z. B. in neue Energien und Umwelttechnologien, Bildung und Infrastruktur sollten Teil eines Implementationsprozesses weltweiter gemeinsamer Umwelt- und Sozialstandards (sowie deren institutionelle Voraussetzungen) sein (Global New Deal). Die entsprechenden Standards sollten als **Verfahrensstandards in der WTO** für verbindlich erklärt werden. Erst dann wird es kein Umwelt- und Sozialdumping zur Profitmaximierung mehr geben und der globale Markt ist ein Ökosozialer Markt.
4. **Verfahren:** Wie kann dieser „Deal“ zum Abschluss gebracht werden? Die Antwort ist: **Co-Finanzierung**. So, wie in der Europäischen Union über die so genannten Strukturfonds schon lange co-finanziert wird, damit schwächere und neue Mitglieder überhaupt zur Implementierung des Gemeinschaftsrechts – dem Acquis Communautaire – in der Lage sind. Strukturschwache Regionen werden finanziell unterstützt. Ein solches Vorgehen auch auf globaler Ebene ist der Schlüssel – die Co-Finanzierung von aufeinander abgestimmten Standards, die u. U. vom Entwicklungsstand eines Landes abhängig sein können, aber gemeinsam abgesprochen und verbindlich sind.
5. **Finanzierung:** Woher kommen die Mittel zur Co-Finanzierung? Die Antwort ist: Aus der Reform der Finanz- **und Steuersysteme** im Rahmen eines „Bretton Woods II-Abkommens“, das aber eben nicht nur auf das Finanzsegment beschränkt sein darf. Auch die Steuersysteme müssen angeglichen werden. Denn nur durch einen Ausgleich der derzeit zwischen den Staaten sehr unterschiedlichen Grundsätze der Besteuerung (durch eine Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlagen) können Steuerumgehungen global wirkungsvoll unterbunden werden.
6. **Balance:** Außerdem würde zur Finanzierung der Implementation der Grundlagen für die Standards in allen Ländern und für **Ausgleichsprozesse** beitragen: Die Besteuerung globaler Transaktionen - Transport, Handel und Finanzströme. Aber

auch eine Art Mehrwertsteuer auf alle Finanzprodukte, um die spekulativen Hebelgeschäfte einzudämmen bzw. darauf einen ausgleichenden Beitrag zu erheben, wäre hilfreich. Eine **Mehrgeldsteuer** (=> Kapitel II.2) – **eine Leverage Money Tax** - wäre so gestaltbar, dass gerade die größten Profiteure wieder einen fairen Beitrag zur Finanzierung der Grundlagen für Wertschöpfung und Wohlstand leisten müssen. Dies entlastet den Mittelstand und andere, die sowieso benachteiligt sind, weil sie z.B. für einen verbrieften Kredit (ein Finanzprodukt) ohnehin höhere Zinsen zahlen müssen als beispielsweise die leistungsfähigsten Finanzinstitutionen. Die Profiteure sollten daher eine höhere Abgabe auf das von ihnen geschöpfte „Hebelgeld“, ihre Kredite für gehebelte Investitionen und Spekulationen, leisten. Wirtschaftlich weniger leistungsfähige Akteure wie z. B. der Mittelstand sollen nicht noch mehr belastet werden. Mit der Mehrgeldsteuer könnte so eine faire Abgabe gestaltet werden, die die „Super-Bubble“ – die Geldblase – beherrschbar macht.

7. **Geldsystem:** Kurzfristig muss der Liquiditätsengpass – als Treiber der Weltfinanzkrise mit ihren Auswirkungen auf die Realwirtschaft – behoben werden. Das Zentralbankgeld muss wieder „umlaufen“, um die Zahlungsfähigkeit in den Märkten wieder herzustellen. Hierfür ist das „Horten“ von Zahlungsmitteln bei den Finanzmarktakteuren zu begrenzen. Hierzu wäre die Vorgabe einer **Maximalreserve** (=> Kapitel II.1) ein wirkungsvolles Mittel. „Überschüssige“ Liquidität würde dann allen Marktteilnehmern als Kredit über einen „Liquiditätssicherungsfonds“ verfügbar gemacht.

### **II.1 Finanzmarktliquidität: Begrenzung der Kassenhaltung – Maximalreserve**

Ein erkanntes Problem im Weltfinanzmarkt ist die Folgewirkung quasi sich selbst verstärkender Prozesse hinsichtlich der Kassenhaltung von Zentralbankgeld-Liquidität in gebündelter Form – das „Horten“ von Zahlungsmitteln. Die Weltwirtschaft befindet sich in einer Situation, in der bei nur wenigen sehr großen Finanzinstituten bzw. Finanzvermögensverwaltern (bei den so genannten institutionellen Anlegern oder ihren depotführenden Banken) immense Bestände aller weltweiten Finanzvermögen unter Verwaltung stehen. Darüber hinaus sind diese institutionellen Anleger die wichtigsten Anteilseigner aller Finanzinstitutionen, sie haben als maßgebliche Eigentümer darauf Einfluss. Diese Finanzinstitutionen ihrerseits verwalten wieder einen weiteren großen Teil weltweiter Finanzvermögen. In dieser Verflechtung bündelt sich das von den

großen Akteuren selbst aktiv investierte Vermögen, das aktiv gemanagte „Vermögen“. Und darüber hinaus steht noch ein weiteres Volumen aller Finanzaktiva „under custody“, d. h. wird als eine Art Sondervermögen von diesen Akteuren verwaltet. Ein Wechsel der Anlagestrategie bei nur wenigen dieser großen Akteure, z. B. mit der Zielsetzung einer erhöhten Kassenhaltung, eines erhöhten verfügbaren Bestands an Zentralbankgeld, und bei Zentralbanken kurzfristig dagegen eintauschbare Schuldverschreibungen, kann dabei dazu führen, dass die erforderlichen Zahlungsmittel des Weltfinanzsystems an nur wenigen Stellen, bei wenigen Finanzinstituten, „geparkt“ werden. Die Liquidität verschwindet dabei zwar nicht aus dem System, sondern sie wird quasi inaktiv, ist für andere nicht mehr verfügbar (etwa für Kredite zwischen Banken im Interbankenmarkt). Die großen Institute „sitzen auf dem Geld“. Umgekehrt kann ein erneuter Strategiewechsel, z. B. in Form großvolumiger Käufe von Sachwerten, wieder zu einer besonders hohen im Markt aktiven Zahlungsmittelliquidität führen, woraus sich eine hohe Inflation ergeben kann.

Diesem Problembereich kann dadurch begegnet werden, den Zentralbankgeld haltenden Institutionen des Weltfinanzsystems neben einer Mindestreserve auch eine Maximalreserve vorzuschreiben. Der Zahlungsmittelbestand ist zu begrenzen. Dieser Ansatz könnte so umgesetzt werden, dass die „Überhang-Liquidität“ der Institute gegen spezielle – gegebenenfalls staatlich gesicherte – Schuldverschreibungen getauscht werden muss, um für Kreditvergaben wieder verfügbar zu werden. Da bei staatlichen Bürgschaften allerdings die Allgemeinheit in eine Haftung kommt, wäre es im Rahmen einer internationalen Verabredung Ziel führender, allen Akteuren des Finanzmarktes eine Beteiligung an einem hierfür einzurichtenden **Liquiditätssicherungsfonds** abzuverlangen. Ab einer verabredeten „Melderreserve“ (die z.B. 1%-2% oberhalb der Mindestreserve liegen könnte) müsste eine darüber hinaus gehende Zentralbankgeldliquidität in Fondsanteile (letztlich gemeinsam von allen Finanzmarktteilnehmern abgesicherte Schuldverschreibungen) gewandelt werden. Über den Fonds wäre man so in der Lage, bei einer „unbalancierten“ Verteilung von Zentralbankgeldliquidität so steuernd über die Gewährung von Krediten durch den gemeinsamen Fonds einzugreifen. Für den Kredit könnten dabei Sachwerte (gegebenenfalls auch andere Vermögenswerte) als Sicherheiten verlangt werden. Dies würde wirkungsvoll den „Ausverkauf von Vermögen unter Preis“ aufhalten und zwar ohne die Notwendigkeit von Verstaatlichungen. So wären für alle Akteure die gleichen Randbedingungen gegeben und der Markt müsste selbst und insgesamt das „Hebel-

Risiko“ absichern. Die Finanzmarktteilnehmer hätten dann auch selber ein Eigeninteresse daran, dass die gesetzlichen Anforderungen an Finanzinstitutionen (die ja Kreditnehmer des gemeinsamen Fonds sein können) so sind, dass ein Ausfallrisiko bei Krediten minimal wird.

## **II.2 Mehrgeldsteuer (leverage money tax) zur Steuerung der Geldschöpfung**

Die Regelsetzungen und Regulierungen auf weltweiter Ebene sind - dem Subsidiaritätsprinzip folgend - darauf auszurichten, Unfairnisse zwischen den Währungsräumen auszuschließen. Vor diesem Hintergrund ist besonders das Thema Geldschöpfung und in diesem Zusammenhang auch die Gewährung von Krediten in anderen Währungen zu betrachten. Dies betrifft dann die Frage, wie viel „Mehrgeld“, wie viel Schuldverschreibungen Kreditbanken und andere Marktteilnehmer ausstellen dürfen. Mit welchem „Hebel“ dürfen Geschäfte gemacht werden, damit die „Geldblase“ beherrschbar bleibt? Hat man über die Festlegung von Mindestreserven und Eigenkapitalanforderungen hier schon wirklich die richtigen Steuerungsmöglichkeiten einer wirksamen Begrenzung? Dies ist, wie die Krise gezeigt hat, zu verneinen. Daher wird als Eckpfeiler einer konsistenten Weltfinanzordnung eine **Mehrgeldsteuer** (englisch: **leverage money tax**) als ergänzendes Instrument der Geldmengensteuerung vorgeschlagen. Zudem sollten die Liquiditäts- und Eigenkapital-Richtlinien auf alle „Schöpfer“ von Geld und Schuldverschreibungen (Kredite aller Art) und auch alle anderen Unternehmen als Teil international verabredeter Buchhaltungsstandards ausgeweitet werden. Ziel dabei ist es zu unterbinden, dass Risikopositionen zur Umgehung von Liquiditäts- und Eigenkapital-Hinterlegungspflichten gezielt „verschoben“ werden.

Eine „Mehrgeldsteuer“ bedeutet im Prinzip den Einbezug von Finanzprodukten in das Wertschöpfungssegment durch eine Abgabe auf jede Art von ausgegebenen Schuldverschreibungen oder vergebenen Krediten, d. h. auf neu geschöpftes Geld und „geldartige Zahlungsverprechen“. Dies könnte man z. B. über eine „Börsumsatzsteuer“ erreichen, die aber nicht nur den Kapitalverkehr besteuern darf, sondern unbedingt auch eine Abgabe verlangt, wenn eine Schuldverschreibung erzeugt bzw. „in Verkehr“ gebracht wird. Es muss also insbesondere auch eine „Produktsteuer“ sein. Eine wichtige Begründung für die Mehrgeldsteuer könnten dabei die durch eine Ausweitung der Geldmenge erhöhten Risiken sein. Die Abgabe würde von denen eingefordert, die das Gemeinwesen durch eine Erhöhung des Inflationsrisikos und der höheren Instabilität der Märkte belasten, die ihren Teil zur „Geldblase“ beisteuern. Eine

„Mehrgeldsteuer“ könnte den internationalen Verabredungen (Basel II) folgend so ausgestaltet werden, dass die Abgabenhöhe von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der „Geldschöpfer“ abhängig gemacht wird. Alle, die ohnehin höhere Zinsen für einen Kredit zahlen müssen – also insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen und private Haushalte –, würden dadurch entlastet. Belastet würden die Hauptprofiteure im Finanzmarkt, die ganz wesentlich, z. B. durch die spekulativen Hebelgeschäfte, die Geldmenge ausgeweitet haben. Eine Intention der Mehrgeldsteuer wäre die Schaffung eines Instruments zur Kontrolle, Regulierung und Steuerung der Geldmenge in einer weit gefassten Begrifflichkeit. Die betrachtete Geldmenge sollte jedes Kreditgeld und jede Form von Zahlungsverpflichtungen umfassen. Daher wäre die Mehrgeldsteuer als Abgabe auf alle verbrieften Sicherheiten (dazu sind auch Aktien zu zählen) und alle Verträge mit Kreditcharakter (also beispielsweise auch Derivate, Forwards und RePos) auszurichten. Erhoben werden könnte die Abgabe über die Handelsabwicklungs-Systeme und Börsen (Verwaltung der Sicherheiten in den Depositories) und über die depotführenden Banken (Custody Services). Bei einem umfassenden Einbezug aller Verbindlichkeiten – die letztlich in der Passiv-Seite von Bilanzen zusammen gefasst sind – kann die Abgabe auch im Rahmen der Steuererklärung erfasst und bearbeitet werden.

### **III. Wie kann man die Lösung international organisieren?**

Wir brauchen eine kurzfristige Lösung der Probleme, denn wir sind mitten in der Krise. Deshalb sollte man zur Organisation der jetzt dringend notwendigen Schritte bestehende Institutionen nutzen – auch wenn „besser legitimierte“ Formen denkbar sind. Das im Rahmen der G20 aufgesetzte Verfahren zur internationalen Abstimmung von Maßnahmen zur Reaktion auf die Krise, mit dem ersten Gipfeltreffen im November 2008 zu dem Gesamthemenspektrum „Finanzmarkt und Weltökonomie“, bietet sich als Ausgangspunkt für die Organisation eines Umsetzungsprozesses für eine globale Ökosoziale Marktwirtschaft an. Hier könnte der „7-Punkte-Plan“ (Kapitel II) im Detail abgestimmt und verabredet werden. Dabei sollte der Schulterschluss mit dem economic and social council (ECOSOC) der Vereinten Nationen gesucht werden, dessen Rolle gegebenenfalls zu stärken ist. In dem Text „World Economic and Social Survey 2008“ spricht sich dieses Gremium positiv zu den drei Ansätzen „Reform von Bretton Woods“, „Prinzipien des Marshall Plans“ und „Global New Deal“ aus, deren Konkretisierung der „7 Punkte Plan“ ist.

Sofern es zu einer von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel vorgeschlagenen Etablierung eines Weltwirtschaftsrates bei den Vereinten Nationen kommt, wäre dies auch ein geeignetes Gremium zur weiteren Ausgestaltung des globalen Gesamtprozesses. Das ECOSOC könnte bei der Umsetzung der Maßnahmen die Koordinationsfunktion übernehmen. G20 / Weltwirtschaftsrat wären der Ort zur Abstimmung der weltweit abgestimmten Gesamtktion zur Reaktion auf die aktuelle Krise. Bei G20 / Weltwirtschaftsrat läge die Gesamtprozess-Verantwortung. Von hier aus wären spezielle Aufgaben auf die verschiedenen Institutionen zu delegieren, um das Gesamtpaket für einen weltweiten Vertrag, einen „Global New Deal“, wie er mit dem „7 Punkte Plan“ skizziert wurde, zu verabreden und in Angriff zu nehmen.

Als kurzfristige Maßnahme ist dabei auf die derzeitige Liquiditätsengpass-Situation zu reagieren. Der zur Lösung vorgeschlagene „Liquiditätssicherungsfonds“ als Sammelstelle für die Überhangliquidität bezüglich Zentralbankgeld und kurzfristig dagegen eintauschbare Wertpapiere könnte beispielsweise unter Aufsicht des IWF (Internationaler Währungsfonds) eingerichtet werden. Details des Fonds könnten z. B. im Financial Stability Forum (FSF) der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ausgehandelt und verabredet werden. Dieser Liquiditätssicherungsfonds könnte zudem – zu gewissen Teilen – über Staatsgarantien abgesichert werden, sofern hierfür – als Bedingung – der Einführung der Mehrgeldsteuer als Maßnahme zugestimmt wird, um mittelfristig die „Geldblase“ wirkungsvoll in den Griff zu bekommen.

Ein „Weltstrukturfonds“ wäre einzurichten, um die Mittel zu verwalten, die für eine Co-Finanzierung einer weltweiten Implementation verabredeter verbindlicher Verfahrensstandards notwendig sind. So könnte man die Umsetzung und wirkungsvolle Einhaltung ökologischer und sozialer Standards für das ökonomische System, für eine nachhaltige Weltwirtschaft erreichen. Der Weltstrukturfonds könnte hierzu bei der Weltbank verankert werden. Die erste Füllung des Weltstrukturfonds kann zum einen über die Mehrgeldsteuer und über gegebenenfalls weitere verabredete Abgaben auf globale Transaktionen erfolgen. Des Weiteren könnten auch Teile der neu erschlossenen Mittel, die aus einer Abstimmung der Steuersysteme und der „Einhegung“ von Steueroasen resultieren, eingebracht werden. Alternativ wären diese Mittel für nationale Implementations-Prozesse und die mittelfristige Rückführung der öffentlichen Verschuldung zu verwenden.



Die Anpassung der Steuergesetze selbst ist als Verabredung eines Standards zu behandeln. D. h. im Rahmen der Gesamtprozessverantwortung ist – genauso wie beispielsweise auch die Verhandlung eines Lösungsansatzes zum Umgang mit der Klimaproblematik – das Verhandlungsmandat geeignet zu delegieren. Hierfür bietet sich aber aufgrund der Zusammensetzung des G20-Gremiums (die Finanzminister der Länder) selbst an. Unter Einbezug der Standards, die in der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) ausgearbeitet und verabredet wurden, kann so eine „Charta für nachhaltiges Wirtschaften“ entstehen. Umwelt-, Sozial-, Steuer- und Finanzstandards sind dann als ökologische und soziale Standards über eine Aufnahme als verbindliche Verfahrensstandards im Rahmen der WTO (Welthandelsorganisation) als gültiger Rahmen der globalisierten Marktwirtschaft zu verankern. Die WTO wäre insofern bei dem pragmatischen Lösungsansatz der institutionelle Rahmen, in dem die Verbindlichkeit beschlossen und deren Einhaltung über die möglichen Konfliktresolutions- und Sanktionsmechanismen dieser Organisation zu gewährleisten ist.

Die Frage ist natürlich, ob sich die relevanten Währungsräume und damit Wirtschaftsräume dieser Welt auf ein solches gemeinsames Handeln zur Abwendung der akut drohenden schlimmen Krisensituation durchringen können. Wenn nicht, bietet es sich auf europäischer Ebene an, doppelstrategisch den Weg in der zuvor geschilderten Richtung einzuschlagen. Doppel-Strategie bedeutet dabei, sich zumindest im Euro-Währungsraum entsprechend zukunftsfähig aufzustellen, sich dabei aber auch auf gegebenenfalls beibehaltene Konkurrenzsituationen internationaler Art abwehrmäßig einzustellen. Jedoch ist jederzeit zu kommunizieren, dass man an einer gemeinsamen zielführenden Lösung nicht nur interessiert ist, sondern jederzeit diese gemeinsame Lösung mittragen würde, wenn alle dem zustimmen. Im Konkreten würde es sich für Europa anbieten, auch schon alleine für den Euro-Währungsraum die Mehrgeldsteuer einzuführen, um so den dringenden finanziellen Handlungsspielraum zu erreichen, der jetzt für ein gezieltes Reagieren auf die Krisensituation notwendig ist. Dabei wäre zudem innerhalb von Europa eine entsprechende Gesamtstrategie als Maßnahmenpaket abzustimmen und dies international als Vorschlag Europas zu positionieren mit dem entsprechenden Hinweis, dies in voller Breite zu unterstützen, wenn international die Akzeptanz und Unterstützung gewährleistet wird.

„Dieses Buch ist unbequem, weil es uns zwingt, die globalen Probleme neu zu denken. Klar, eindeutig und mit einem pragmatischen Vorschlag zur Umsetzung zeigt Dirk Solte auf, wie der Weg hin zu einer fairen Weltfinanzordnung aussehen kann. Wir werden nicht umhin kommen, uns damit auseinanderzusetzen – und das ist gut so.“

*Dr. Bernhard Schareck  
Mitglied des Präsidiums  
(und Past-President)  
des GDV - Gesamtverband der  
Deutschen Versicherungswirtschaft*

„Was ein gesunder Geist für einen gesunden Körper bedeutet, ist ein gut funktionierendes Finanzsystem für die Wirtschaft. Führt die gegenwärtige Krise des Weltfinanzsystems zum Kollaps der Weltwirtschaft? Um diese Gefahr abwenden zu können und um weitere Weltfinanzkrisen gar nicht erst entstehen zu lassen, wird hier eine überzeugende Basis für eine globale Geld- und Besteuerungsordnung gelegt.“

*Prof. Dr. Dr. h.c. mult Wolfgang Eichhorn  
Universität Karlsruhe (TH)*

## WELTFINANZSYSTEM IN BALANCE

### DIE KRISE ALS CHANCE FÜR EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT

DIRK SOLTE

„Der Bereich, der heute am wenigsten nachhaltig ist und die Weltgemeinschaft in die größten Gefahren stürzt, ist die Finanzwelt. Eine Änderung können wir von der Wirtschaft nur dann erwarten, wenn die Rahmenbedingungen entsprechend gesetzt sind.“

*Klaus Wiegandt,  
früher Vorstandssprecher  
der METRO AG,  
Stifter und Vorstand  
„Forum für Verantwortung“*

„Den globalen Markt prägt heute die Konkurrenz von nationalen Regeln, Systemen und Gesetzen. Es sollte aber genau andersherum sein: Auch in der Weltwirtschaft muss Konkurrenz klaren Regeln unterliegen. Fairness in der Wirtschaft bedeutet Fairness für uns alle, denn Wirtschaft – Das sind wir alle. Wie man dieses schwierige Ziel erreichen kann, erfahren Sie in diesem Buch.“

*Dieter Härthe,  
BWA-Vorstandsvorsitzender*